

## Der Gemeindehaushalt für 1927.

## Wohnungswesen und Sozialpolitik.

Heute nachmittag wurde im städtischen Finanzausschuss die Beratung über den Voranschlag fortgesetzt. Stadtrat Weber leitete die Verhandlung mit einem Bericht über die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen und Sozialpolitik ein. Für diesen Zweig der Verwaltung sind 134 Millionen Schilling eingesetzt, davon entfallen 118 Millionen auf die Wohnhausbauten, gegenüber 96 Millionen im Voranschlag für 1926. Für die Kleingartenförderung sind 91.000 Schilling eingestellt; davon 40.000 Schilling für die Anlage von Musterkleingärten, die zeigen sollen, wie die Entwicklung dieser Bewegung gestaltet werden kann. In diese Verwaltungsgruppe gehört auch die Berufsberatung, die von der Gemeinde mit grosser Sorgfalt gepflegt werde. Im kommenden Jahr wird auch die Handelskammer auf diesem wichtigen Gebiet mit der Gemeinde zusammenarbeiten; die diesbezüglichen Verhandlungen stehen vor dem Abschluss. Die umfangreiche Wohnbautätigkeit der Gemeinde kommt in der Zahl der von der Gemeinde verwalteten Wohnungen zum Ausdruck. Es wurde für diesen Zweig der Verwaltung eine eigene Magistratsabteilung geschaffen, die gegenwärtig 29.328 Wohnungen verwaltet; dazu kommen 5697 Wohnparteien in Amtshäusern, so dass insgesamt 35.025 Wohnungen in städtischer Verwaltung sind. Gegenüber 1925 ist ein Zuwachs von 15.984 Wohnungen zu verzeichnen: das ist der Erfolg der Wohnbautätigkeit der Gemeinde im Jahre 1926. Dazu werden noch heuer 2178 Wohnungen neu hinzukommen, so dass im Jahre 1926 voraussichtlich mehr als siebzehntausend neue Wohnungen von der Gemeinde geschaffen werden konnten. Gegenwärtig sind beim Wohnungsamt noch elftausend Personen mit I qualifiziert. Die hohe Zahl ist darauf zurückzuführen, dass die in Privathäusern freiwerdenden Wohnungen zum überwiegendsten Teile nicht den Bedürftigsten vermietet werden. Beim städtischen Wohnungsnachweis sind vom 1. Jänner bis 1. Dezember 1926 von den Hausbesitzern 12.343 freigewordene Wohnungen angemeldet worden, aber nur 572 Wohnungen wurden davon an mit I beim Wohnungsamt vorgemerkte Personen vermietet! Einen grossen Teil der freiwerdenden Wohnungen vermieten die Hausbesitzer an Ausländer und grössere Wohnungen werden vielfach an Einzelpersonen oder kinderlose Ehepaare abgegeben. Das Fehlen des Anforderungsgesetzes bringt auch einen sehr grossen Verlust an Wohnungen mit sich. Im Jahre 1925 hat das Wohnungsamt 18.594 angeforderte Wohnungen zugewiesen. Heuer haben die Hausbesitzer nur 12.343 Wohnungen angemeldet. Mehr als sechstausend Wohnungen sind also infolge des Fehlens des Anforderungsgesetzes der wohnungsbedürftigen Bevölkerung verlorengegangen. Meist werden die freiwerdenden Wohnungen mit anderen Wohnungen vereinigt, anderen Zwecken zugeführt oder nicht mehr vermietet. Hier ist dem Wohnungsamt jeder Einfluss genommen worden. Durch die fortgesetzte Wohnbautätigkeit der Stadtverwaltung wird eine neue Wohnkultur geschaffen und die Gemeinde wird, wie das erst kürzlich vom Gemeinderat beschlossene Nachtragsprogramm von weiteren fünftausend Wohnungen beweist, auf diesen Weg weiterschreiten.

Gemeinderat Angermayer (chr. soz.) lehnt namens seiner Partei die Wohnbaupolitik der Gemeindeverwaltung ab. Im Jahre 1924 wurden für Neubauten 64 Millionen Schilling aufgegeben, jetzt sind 118 Millionen eingesetzt. Je schwächer die Wirtschaft, desto mehr wird aus ihr von der Gemeinde herausgeholt. Selbst bei einer normalen Wirtschaftslage sei diese Art der Finanzierung der Bauten widersinnig, wie viel mehr noch jetzt, wo Handel, Industrie und Gewerbe schwer zu ringen haben. Hier wäre wohl die Aufnahme einer Anleihe zweckmässig. Dadurch könnte eine vierzigprozentige

Steuervermässigung erfolgen, was unserer Wirtschaft zugute käme. Die gegenwärtige Mehrheit halte an dem System der kommunalen Wohnbautätigkeit nur deshalb fest, weil es zur Befestigung ihrer Parteiherrschaft diene. Die Mieter in den Gemeindehäusern werden politisch bearbeitet, die Lokale nur dem sozialdemokratischen Konsumverein vermietet und die Mieter auch in wirtschaftliche Abhängigkeit gezwungen. Die Mieter in den städtischen Wohnbauten müssen unter den verschiedenen Titeln sehr bedeutende Beiträge zahlen; die Mieten sind höher wie in den alten Häusern. Die Wohnbaupolitik der Gemeinde entwerfe die alten Häuser und die Grundstücke, um sie billig in die Hände der Gemeinde zu bringen. Gemeinderat Binder (chr. soz.) wendet sich gegen die Unterbringung von Parteiverbänden in den Gemeindehäusern. Die Mieter werden vielfach drangsaliert. Die sozialdemokratische Agitation werde dort mit allen Mitteln betrieben. Man hört, dass auch eine Miete bis zum Viertausendfachen des Friedenszinses verlangt werde. Gemeinderat Uebelhör (chr. soz.) bezieht sich auf die Urteile von Fachleuten auf dem Städtebankkongress, die sich gegen die Zinskassernen der Gemeinde ausgesprochen und den Flachbau als die beste Lösung des Wohnungsproblems bezeichnet haben. Es sei auch nicht richtig, dass gegenwärtig nur zwei Prozent des Einkommens für die Miete ausgegeben werden. Die Ausgabe ist weit grösser. Gemeinderat Zimmerl (chr. soz.) verlangt die Vorlage einer Statistik über die Höhe der Wiener Mieten. Die Christlichsozialen sind keineswegs gegen die Wohnbautätigkeit der Gemeinde. Aber es müsse darauf verwiesen werden, dass nur ein Drittel der Baukosten aus der Zwecksteuer gedeckt werde, während zwei Drittel aus den anderen Abgaben geholt werden. Das ist unerträglich. Man könne auch eine Kombination der Zwecksteuer mit einer Anleihe durchführen, aber die gegenwärtige Finanzierung sei nicht aufrecht zu erhalten. Die Gemeinde könnte auch die Neubautätigkeit einschränken, wodurch eine Herabsetzung der Steuern ermöglicht werden würde.

Stadtrat Weber erklärt, dass die Gemeinde eine Statistik über die Höhe der Mietzinse in allen Häusern nur anfertigen könne, wenn die Regierung eine gesetzliche Ermächtigung hierzu erteilt. Was die politische Agitation in den Gemeindehäusern anlangt, so könne die Gemeinde darauf keinen Einfluss nehmen; so wie in den privaten Häusern könne auch in den städtischen Häusern jede politische Partei Mitglieder werben. Die Mietzinse in den Gemeindebauten sind nicht höher, als in den alten Häusern mit gleicher Ausstattung; von einem viertausendfachen Friedenszins könne natürlich keine Rede sein. Eine Verringerung der kommunalen Wohnbautätigkeit sei so lange nicht denkbar als Wohnungsnot herrsche. Was die Belastung der Steuerträger durch die Wohnbautätigkeit anlangt, so muss festgestellt werden, dass die Realsteuern vor dem Krieg in Wien höher waren, als alle kommunalen Abgaben zusammengenommen. Die Wohnbautätigkeit der Gemeinde befruchte unser gesamtes Wirtschaftsleben, trage entscheidend zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei und ist die einzige Möglichkeit die Wohnungsnot zu beseitigen und die Wohnkultur zu heben.

Der Abschnitt Wohnungswesen wird gegen die Stimmen der Christlichsozialen angenommen. Der Finanzausschuss begann dann die Beratung der Gruppe Ernährungs- und Wirtschaftswesen, die von Stadtrat Kokscha eingeleitet wurde.

Strassenbahnfahrpreis am Mittwoch. Auf den städtischen Strassenbahnen gilt am Mittwoch (Feiertag) der gewöhnliche Werktagstarif. Es können daher Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten und Fürsorgefahrtscheine benützt werden. Auf der Stadtbahn sind an diesem Tag, wie an jedem anderen Werktag von Betriebsbeginn bis neun Uhr vormittag und von 4 Uhr nachmittag bis 6 Uhr abends Hunde von der Beförderung ausgeschlossen.